

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 132. Ratssitzung vom 10. Februar 2021

3570. 2020/448

Weisung vom 21.10.2020:

Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaften Stadt Zürich, Areal Allmendstrasse 91–95 im Gebiet Manegg, Quartier Wollishofen, Neubau Schulanlage Höckler, Übernahme eines Baurechts, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

1. Die Stadt übernimmt gestützt auf den am 13. August 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag ein selbstständiges und dauerndes Baurecht für die Erstellung beliebiger Bauten zu Lasten des Grundstücks Kat.-Nr. WO6602 (Areal Allmendstrasse 91–95) mit einer Dauer von 100 Jahren und einem Baurechtszins von jährlich Fr. 750 000.–.
2. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Schulanlage Höckler auf dem Areal Allmendstrasse 91–95, 8038 Zürich, wird der vom Stadtrat am 21. Oktober 2020 mit STRB Nr. 946/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 700 000.– um Fr. 6 800 000.– auf Fr. 7 500 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Stefan Urech (SVP): *Oberhalb von Leimbach am Stadtrand Zürichs am Hang des Albis steht die Ruine der Burg Manegg. In dieser Burg lebte bis vor 800 Jahren das Rittergeschlecht Manesse. Als diese Ritter damals von ihrer Burg herab nach Zürich blickten, sahen sie eine Sihl, die sich durch grüne Weiden in Richtung einer winzigen Stadt Zürich schlängelte. Davon ist nicht viel übriggeblieben. Blickten diese Ritter heute herunter, würde es sie wohl rückwärts aus den Schuhen hauen: Die Stadt Zürich ist gewachsen und gewachsen bis unter ihre Burg und auch von den grünen Weiden ist nicht viel übriggeblieben. Dafür gibt es jetzt eine Greencity unter der Burg. In dieser Greencity entstehen 1400 Wohnungen und diese bringen rund 3000 Personen mit sich. Dazu gehören natürlich auch zahlreiche Kinder und Jugendliche, die geschult werden müssen. Auf der Schulanlage Allmend, die wir hier drin auch schon besprochen haben, besteht schon ein Kindergarten. Irgendwann kommen die Knirpse auch in die Sekundarschule, in deren Geschichtsunterricht sie alles Mögliche über die Ritter der Burg Manegg lernen und über die Industrialisierung und dabei vielleicht herausfinden, was auf dem Areal, auf dem sie unterrichtet werden, früher geschah. Dort stand damals eine grosse Spinnerei. Im Englischunterricht lernen sie vielleicht, wofür die «Greencity» steht, in der sie wohnen. Die Kapazitäten des Schulkreises sind heute bereits am Limit. Das heisst, es müssen neue Kapazitäten für die kommenden Sekundarschüler geschaffen werden. Mit der Greencity an der Allmendstrasse 91–95 entsteht für die Stadt die Möglichkeit, das Land für 100 Jahre im Baurecht zu übernehmen. Das kostet 750 000 Franken pro Jahr. Auf diesem Baufeld soll eine Schulanlage für 22 Klassen entstehen. 15 dieser Klassen wären*

Sekundarschulklassen, zwei Aufnahmeklassen, eine Klasse der Heilpädagogischen Schule und vier Klassen der SEK3 für Gehörlose. Für den Projektwettbewerb beantragt der Stadtrat 7,5 Millionen Franken, man kann ergo mit Erstellungskosten von 75 Millionen Franken rechnen. In den Erstellungskosten wäre nicht einfach nur ein Schulhaus inbegriffen, sondern natürlich auch eine zentrale Verpflegungsanlage für die Tagesschule, drei Einfachsporthallen und ein Schwimmbad. Bei den Aussenanlagen sieht es problematisch aus in Sachen Platzverhältnisse. Diese entstehen sehr wahrscheinlich auf dem Dach. Es wären zwei Allwetterplätze, die von der Burg Manegg aus einsehbar sind. Ein Rasenspielfeld, wie es normalerweise zu einem Sekundarschulhaus gehört, ist nicht möglich. Dafür reicht der Platz in der Greencity nicht. Die Stadt weicht auf Alternativen aus wie etwa Boulder-Wände oder Street-Work-Out-Geräte, wie man sie aus Venice Beach in Kalifornien kennt. Das Projekt wird eine grosse Herausforderung für Architektinnen und Architekten, die sich darauf bewerben. Die Spreu wird sich vom Weizen trennen. Zwei grosse Themen werden diese Bewerbenden beschäftigen: Zum einen ist das der Lärm, der im Wettbewerb ein zentraler Punkt ist. Direkt neben dem Grundstück verläuft die Allmendstrasse, eine grosse, zwölfspurige Autobahn sowie eine Zuglinie. Zwischen all diesen Elementen ist das Schulhaus eingeklemmt. Man muss die Klassenzimmer so verteilen, dass darin in Ruhe unterrichtet werden kann, ohne durch den Lärm gestört zu werden. Die andere Herausforderung ist die langgezogene Form des Grundstücks. Es muss eine Lösung gefunden werden, wie ein Schwimmbad, drei Einfachsporthallen, zwei Allwetterplätze und all die Klassenzimmer auf diesem langgezogenen Grundstück realisiert werden können. Das ist der Antrag des Stadtrats an Sie. Die Meinung der Mehrheit der Kommission verkünde ich später.

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag und Schlussabstimmung:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Im Schulkreis Uto braucht es zusätzlichen Schulraum für die Sekundarstufe. Die Stadt will deshalb das Grundstück an der Allmendstrasse 91–95 im Baurecht übernehmen und dort eine grosse Sekundarschulanlage realisieren. Warum ist dieses Areal für eine Schulnutzung völlig ungeeignet? Erstens: Das Schulareal ist eingeklemmt zwischen der dicht befahrenen Allmendstrasse und den Bahngleisen der S4. Im Norden grenzt das Areal unmittelbar an das Viadukt der Autobahn A3 mit einem enormen Verkehrsaufkommen. Das Areal ist also belastet durch Lärm und Feinstaub. Ein Lärmgutachten zeigt, dass der tagsüber geltende Immissionsgrenzwert an drei von vier Hausfassaden überschritten wird und an der vierten – der Ostfassade – wird der Grenzwert nur deshalb eingehalten, weil der Bahnlärm gar nicht in die Lärmberechnungen einbezogen wurde. Das ist tatsächlich so. Im Lärmgutachten auf Seite 4 steht: «Gemäss Angaben der Sihltalbahn werden die Grenzwerte für Wohnen eingehalten. Daher wird in der weiteren Berechnung die Bahn nicht berücksichtigt.» Wie kann man nur so blauäugig sein? Wollen wir, dass unsere Jugendlichen im Lärm lernen und spielen? Wollen wir neue Schulhäuser bauen, bei denen wegen der Lärmemissionen kein Fenster geöffnet werden kann? Genau das wird im Schulhaus Höckler der Fall sein. Wir sprechen nicht von einer befristeten Übergangslösung, sondern von einer neuen Schulanlage, in der Jugendliche während der nächsten 100 Jahre zur Schule gehen. So lange läuft nämlich der Baurechtsvertrag. Der zweite Punkt, warum das Areal für eine Schulnutzung ungeeignet ist: Es ist ein langer, schmaler Schlauch. Stefan Urech (SVP) hat dies bereits erwähnt.*

Der oberirdisch bebaubare Bereich des Areals weist eine Länge von 215 Metern auf, seine Breite verkleinert sich von Süden nach Norden von 22 auf 14,5 Meter. Bei diesen Zahlen erschrecken die sportaffinen Kolleginnen und Kollegen und runzeln die Stirn. Diese Arealbreite von 22 Metern ist nämlich so gering, dass keine Doppelsporthalle auf dem Areal Platz findet, geschweige denn eine Dreifachsporthalle, die bei den Vereinen sehr beliebt ist. Es kann auch kein normaler Allwetterplatz realisiert werden. Wie will die Stadt dieses Dilemma lösen? Anstatt einer Dreifachsporthalle sind drei Einfachsporthallen übereinander geplant. Stellen Sie sich das vor. Anstatt zweier normaler Allwetterplätze, die es bei 22 Klassen gemäss kantonalen Richtlinien braucht, sind zwei Mini-Allwetterplätze vorgesehen. Den Schülerinnen und Schülern der Schule Höckler wird also viel zu wenig Freiraum für Spiel und Bewegung zur Verfügung stehen. Dieser Freiraum ist aber enorm wichtig für eine gesunde Entwicklung der Jugendlichen. Zudem können die beiden Allwetterplätze von der Quartierbevölkerung kaum genutzt werden, weil sie sich in luftiger Höhe befinden. Bei der Testplanung befand sich der eine Platz fünf Meter, der andere 25 Meter ab Boden. Der grossen Sekundarschule wird auch keine Rasenspielfläche zur Verfügung stehen und die wenigen begrünten Flächen auf dem Schularéal befinden sich mehrheitlich auf den Hausdächern. Eine trostlose Perspektive. Das Areal ist vielleicht für eine Schraubenfabrik geeignet, aber sicher nicht für eine Schule. Für dieses ungeeignete Schularéal soll die Stadt 750 000 Franken Baurechtszins pro Jahr bezahlen. Damit habe ich die Ablehnung der Grünen begründet. Wir lehnen ab, weil wir eine bildungsfreundliche Partei sind und weil uns optimale Bedingungen zum Lernen enorm wichtig sind. Weil wir auch eine konstruktive Partei sind, lehnen wir aber nicht einfach ab, sondern machen in unserer motivierten Rückweisung Vorschläge, wo der benötigte Raum für die Sekundarschule realisiert werden kann. Nämlich auf bestehenden Schularealen. Im Schulkreis Uto hat es – schön verteilt – bereits fünf Sekundarschulstandorte. Zwei befinden sich – wie das Höckler – im Gebiet Wollishofen und Leimbach, nämlich die Schule Falletsche-Leimbach und die Schule Hans Asper in Wollishofen. In diesem Gebiet erwartet man zwölf zusätzliche Sekundarklassen bis 2030. Wo können diese Klassen konkret untergebracht werden, wenn auf die Schulanlage Höckler verzichtet wird? In der Schulanlage Falletsche-Leimbach können 15 statt wie heute neun Sekundarklassen unterrichtet werden, was durch den geplanten Neubau der Schule Leimbach ermöglicht wird und bereits aufgegleist ist. Auf dem riesengrossen, schönen Areal der Schule Hans Asper Wollishofen im Lee können problemlos 16 bis 18 Sekundarklassen statt wie heute zehn unterrichtet werden. Ein Ersatzneubau der Schule im Lee ist bereits angedacht. Es gibt also Möglichkeiten, um auf bestehenden Schularealen mehr Raum für die Sekundarschule zu schaffen – genügend Raum bis mindestens 2030. Die Überlegungen zeigen: Es ist problemlos möglich, auf den Sündenfall Höckler zu verzichten. Darum bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag und Schlussabstimmung:

Stefan Urech (SVP): *Wenn Sie jetzt erwarten, dass ich Ihnen sage, dieses sei das beste Grundstück, um eine Schulanlage zu bauen und es sich für eine Sekundarschule super eigne, dann liegen Sie falsch. Ich habe in meiner Vorstellung der Weisung bereits angesprochen, dass es Probleme gibt, die die Architekten lösen müssen und dass es eine Herausforderung wird. Schlussendlich müssen Sie eine Güterabwägung machen. Sie*

müssen sich fragen: Was ist die Alternative? Was erhalten wir, wenn wir diesem Rückweisungsantrag zustimmen? Wenn wir die anderen Schulanlagen aufstocken, führt dies erstens zu Megaschulhäusern. Wenn Sie finden, 22 Klassen sei schon relativ viel: Stocken wir die bestehenden Schulhäuser auf, können bis zu oder gar über 30 Klassen in einem Schulhaus entstehen. Ob das pädagogisch sinnvoll ist, weiss ich nicht. Heute haben wir erfahren, dass die Grüne Partei die neue Bildungspartei ist, aber eigentlich trägt sie das Grüne im Namen als Partei für das Grüne und die Freiflächen. Da erstaunt es mich ein wenig: Wenn wir die anderen Schulhäuser aufstocken würden, verlören wir genau diese Freiflächen. Diese müssten überbaut, Boden versiegelt, Insekten verdrängt und Spielraum abgebaut werden. Dagegen kämpfen die Grünen doch bei allen anderen Schulanlagen. Der Punkt mit dem Allwetterplatz in luftiger Höhe: Dieser befindet sich in luftiger Höhe, aber wieso er deswegen für die Bevölkerung nicht zugänglich sein soll, ist mir nicht ersichtlich. Wenn man auf einen Allwetterplatz geht, geht es doch darum, Kalorien zu verbrennen und Sport zu betreiben. Wenn man dafür noch ein paar Stockwerke hinaufgehen muss, um den Allwetterplatz zu erreichen, ist man doch für den Sport schon aufgewärmt. Wir bitten Sie: Folgen Sie dem Stadtrat, dem Präsidenten der Kreisschulpflege Uto, der uns in der Kommission besuchte und betonte, dass es sich um ein essentielles Puzzlestein der Schulraumplanung in diesem Kreis handelt. Auch wenn es nicht der optimale Standort ist: Ich glaube, mit der heutigen Technik und raffinierten Architekten wird es möglich sein, auf diesem Standort zu unterrichten und Sport zu treiben. Darum bitte ich Sie, der Weisung zuzustimmen und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Sarah Breitenstein (SP): Die SP-Fraktion teilt die Bedenken der Grünen betreffend des geplanten Gebietes grundsätzlich. Natürlich ist es nicht ideal, ein Schulhaus auf einem schmalen, langgezogenen Grundstück zwischen Bahngleisen und einer stark befahrenen Strasse in der Nähe einer Autobahn zu erstellen. Ganz so schlimm, wie es Dr. Balz Bürgisser (Grüne) darstellte, erachten wir den Ort aber nicht. Immerhin soll das Schulhaus in unmittelbarer Nähe der Wohnüberbauung Greencity entstehen und es wird in diesem Gebiet mit der Zeit wohl lebendiger werden. Wir sehen aber vor allem, dass im Schulkreis Uto und vor allem im Einzugsgebiet Manegg ein dringender Bedarf an Schulraum für Sekundarklassen besteht. Wir sind nicht der Ansicht, dass der Raumbedarf sinnvoll durch die Erweiterung der bestehenden Schulanlagen gedeckt werden kann. Die Schulhäuser im Quartier Wollishofen können auch mit einem Ausbau nicht die notwendigen Klassenzahlen aufnehmen. Das heisst, dass der Bedarf in Wiedikon bei den Schulanlagen Döltzchi und Rebhügel gedeckt werden müsste und dort riesige Schulhäuser entstehen müssten. Man darf auch nicht vergessen, dass der Schulkreis Uto verhältnismässig gross ist. Man kann Schülerinnen und Schüler des Einzugsgebiets Manegg nicht einfach nach Wiedikon in die Schule schicken. Das wäre, wie wenn man die Schülerinnen von Uitikon in der Altstadt bei der Bahnhofstrasse in die Schule schicken würde. Wir befürchten aber vor allem, dass durch die Erweiterung der bestehenden Schulhäuser Rasensportflächen und damit wichtige Grün- und Erholungsräume für die Schülerinnen und Schüler überbaut werden müssten. Das erachten wir als schlechte Option. Zudem soll in der geplanten Schulanlage Höckler auch Schulraum für zwei Aufnahmeklassen, eine Klasse der Heilpädagogischen Schule und Klassen für gehörlose und schwerhörige

Schülerinnen und Schüler sowie eine neue Schulschwimmanlage entstehen. Das erachten wir als sehr wertvoll. Insgesamt stehen dem Rückweisungsantrag der Grünen damit strukturelle, planerische und auch pädagogische Gründe entgegen, weshalb wir ihm nicht zustimmen können. Wir sind gespannt, wie die Wettbewerbsteilnehmerinnen mit den örtlichen Begebenheiten umgehen und sind zuversichtlich, dass trotz der schwierigen Bedingungen ein gutes Projekt möglich ist.

Natalie Eberle (AL): Nicht jedes Schulhaus ist so umstritten wie dieses. Tatsächlich ist dieser Ort nicht ideal – man sieht es auf allen Plänen. Es ist aber auch so, dass die Bevölkerung dort wächst und in Zukunft über 3000 Personen in 1400 neuen Wohnungen wohnen werden, darunter sehr viele Kinder. Man hat bereits ein neues Primarschulhaus gebaut. Zusätzlich ist es ein wichtiger Unterschied, dass hier nicht kleine Kinder an einer solchen Strasse und S-Bahn-Linie zur Schule gehen müssen, sondern Jugendliche aus der Oberstufe. Jugendliche sind sehr mobil und können sich in Pausen oder über den Mittag an andere Orte begeben und sind nicht wie kleine Kinder an Orte gebunden. Wir von der AL weisen darum die Rückweisung der Grünen zurück und unterstützen die Weisung, so wie sie ist.

Yasmine Bourgeois (FDP): Der Schulraum ist knapp in der Stadt Zürich, das wissen wir inzwischen. Ideallösungen können nicht überall gebaut werden und die Stadt tendiert zur eierlegenden Wollmilchsau – mit unzähligen Räumen, Kunst am Bau und dem üblichen «Züri-Finish», statt beim Wesentlichen, Praktischen zu bleiben und bei dem, was eigentlich für den Unterricht nötig ist. Auch das wissen wir. Bei diesem Schulhaus wurde in Anbetracht der Lage und der Form des Grundstücks das Optimum herausgeholt mit einigermaßen zufriedenstellenden Lösungen gemäss aktueller Schulpolitik. Dazu komme ich noch. In Punkto Mehrfachnutzung der Räume könnte nach wie vor mehr geschehen – die Stadt schenkt dem Thema aber immerhin mehr Beachtung. Für das Quartier entsteht ebenfalls ein Mehrwert, weil die Anlagen mitgenutzt werden können. Weil der Schulraum speziell für Sekundarschulen sehr knapp ist in der ganzen Stadt, wird diese Schulanlage dringend benötigt. Zum Rückweisungsantrag der Grünen: Auch die FDP betrachtet den Schulhausbau immer kritisch – ginge es nach uns, hätten wir ganz andere Schulhäuser, nämlich Schulhäuser, die viel stärker auf den Hauptzweck des Unterrichtens ausgerichtet sind. Die Grünen stören sich bei diesem Schulhausprojekt am Lärm. Am Lärm stören wir uns auch, aber an einem anderen als ihr. Wisst ihr, was ein Pamir ist? Das ist ein Gehörschutz, den man im Militär braucht. Diese werden in den Schulen gegen den Lärm verteilt, damit sich die Kinder konzentrieren können – aber nicht gegen den Lärm der bösen Autos, sondern gegen den Lärm im Klassenzimmer. In jedem Klassenzimmer steht eine solche Box. Ich kann die Grünen also beruhigen: Kein Kind wird den Autolärm hören, weil der Lärm im Klassenzimmer sowieso schon zu gross ist. Ein zweiter Punkt in der Begründung ist der mangelnde Platz. Lärm und mangelnder Platz für Pausen und Bewegung. Für genau diese Punkte ist aber eure Bildungspolitik verantwortlich. Eine Bildungspolitik, dank der manchmal chaotische Zustände in den Klassenzimmern herrschen. Dies, weil alle Kinder am Regelunterricht teilnehmen müssen – auch jene, die von diesem Unterricht nichts verstehen und darum auch nicht profitieren. Weil das nicht funktioniert, wollt ihr immer mehr und mehr Personal, das sich um diese Kinder kümmert. All diese Personen, die diese Kinder mit einzelnen, separaten Lernprogrammen berieseln,

generieren Unruhe und Lärm im Klassenzimmer. Auch bei den anderen Kindern, die keine Hilfe im Schulstoff brauchen, gehört es heutzutage schon fast zum guten Ton, wenn eine Armada von zusätzlichen Betreuungspersonen im Schulzimmer steht, um sich um die Anliegen der Kinder zu kümmern. Das ist genau der Lärm, den wir nicht wollen. Kinder brauchen ein ruhiges und lernförderndes Klima, kein chaotisches Kommen und Gehen. Wo führt das hin? Genau zu dem, was die Grünen nicht wollen: Durch das viele Personal brauchen wir mehr Absprachen, aufgrund der Absprachen denken die Grünen, es brauche mehr Räume, so dass sie normalerweise – wenn sie das Schulhaus nicht gerade zurückweisen – immer mehr Besprechungszimmer, mehr Duschen oder was weiss ich noch alles fordern. So entstehen diese Kolosse von Schulhäusern, die wir auf die letzten Grünflächen der Stadt hinpflanzen müssen – leider mit immer weniger Pausenflächen für die Kinder. Das ist eure Politik, Grüne und SP. Solche Schulhäuser würde ich am liebsten auch zurückweisen, weil sie kein bisschen zu einer besseren Bildungsqualität beitragen. Leider ist aber nicht der Zeitpunkt, um Schulhäuser zu verzögern, darum tun wir das auch nicht. Hört also endlich auf, jedes Schulhausprojekt mit ideologischen Anträgen zu torpedieren. Wenn euch die Stadt schon so ein gigantisches Schulhaus hinstellt, das sogar eurer verfehlten Bildungspolitik entspricht, dann nehmt es einfach an.

Stefan Urech (SVP): *Ich habe vorher als Mehrheitssprecher gesprochen, ich möchte noch zwei, drei Worte als Sprecher der SVP verlieren. Ich danke meiner Vorrednerin, ich kann ins gleiche Horn blasen. Ich spreche die Grüne Partei an: Sie handeln absolut widersprüchlich. Erstens: Sie wollen keine Begrenzung des Bevölkerungswachstums, der Zuwanderung, sprich: Es wird wohl oder übel mehr Schulraum brauchen. Zweitens: Sie wollen die totale Niveaudurchmischung. Diese führt dazu, dass es immer mehr Gruppenräume braucht. Warum? Weil die Niveaudurchmischung auf Sekundarstufe nicht funktioniert. Im Schulalltag werden die Niveaus im Unterricht wieder aufgeteilt und die einzelnen Niveaus in den Gruppenräumen unterrichtet. Vor ein paar Monaten habe ich in der Kommissionsitzung gepasst, wir hätten jetzt bald ein Schulhaus mit mehr Gruppenräumen als Klassenzimmern. Et voilà: Wir haben hier ein Schulhaus mit mehr Gruppenräumen als Klassenzimmern – es sind 22 Klassenzimmer und 23 Gruppenräume vorgesehen. Sie sehen: Es braucht als Folge Ihrer Politik mehr Fläche. Als dritter Punkt die flächendeckende Tagesschule, die Sie so unbedingt wollen und in die Sie alle Eltern und Familien mit kürzeren Mittagszeiten, höheren Preisen bei der Abmeldung hineinzwängen möchten. Bei diesem Projekt braucht es schon nur für die Umsetzung der flächendeckenden Tagesschule 766 Quadratmeter für Küchen, Esshallen, Anlieferung und so weiter. Das ist die Fläche von zwei Sporthallen. Was Sie machen, erinnert mich ein wenig an den ewigen Wunsch der nachhaltigen Energiegewinnung – und wenn man dann einen Staudamm für die Stromgewinnung bauen will, gibt es einen Rückweisungsantrag der Grünen. So ist es auch hier: Sie widersprechen sich sinnlos.*

Ernst Danner (EVP): *Es ist interessant, welche Parteien sich alle für den Erhalt von Grünraum eingesetzt haben. Ausgerechnet die Grünen offenbar nicht, dafür alle anderen bis nach rechts. Wir sind von dieser Argumentation nicht sonderlich überzeugt. Als wir den schmalen, zwischen Bahn und Strasse eingeklemmten Streifen in der Greencity – in der wenig Grün besteht – und den Preis dafür sahen, mussten wir sagen: Nein, so geht das nicht. Es ist ein hingepflastertes Schulhaus, bei dem die Kinder nicht mehr nach*

draussen können. Auch Oberstufenschüler brauchen Freiraum, in dem sie sich bewegen können. Wir können uns nicht vorstellen, dass man das dort machen kann und haben darum grosse Sympathien für den Rückweisungsantrag der Grünen. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) hat es gesagt: Es gibt genügend Schulhäuser in der Umgebung, die noch erweiterungsfähig sind und bei denen nicht viel Grünraum für die Erweiterung benötigt würde und besserer Schulraum entstünde. Zum Beispiel das Schulhaus Hans Asper: Das befindet sich zwar auf der anderen Seite des Bergs, 1,7 Kilometer und 50 Höhenmeter entfernt. Das ist mit dem Velo locker machbar. Als ich selbst in die Sekundarschule ging, hatte ich etwa 2 Kilometer bei 40 Höhenmetern. Das gab mit dem Velo nie ein Problem. Stefan Urech (SVP) muss ich in einem Punkt Recht geben: Das aktuelle Schulkonzept hat seine Probleme. Wir von der EVP sind aber nicht der Meinung, dass man die Tagesschulen abschaffen sollte, sondern nur, dass man ehrlich sein sollte. Wir haben es bei der Abstimmung über Tagesschulen vor zwei, drei Jahren gesehen, dass das viel teurer kommt und darum von der EVP Stimmfreigabe beschlossen. Dies, weil wir gesehen haben, dass die Zahlen nicht stimmen und es teurer kommt. Es tut mir fast leid, dass sich das so schnell bestätigt. Man darf aber nicht den Kopf in den Sand stecken und so tun, als erhielte man es gratis, sondern muss das Geld hineinstecken, das es braucht. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag der Grünen Seite zu unterstützen und das Projekt abzulehnen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Ich möchte etwas zur heftigen Kritik von Grünen und EVP sagen. Sie sehen vor allem die Probleme und keine Chancen. Die präsentierten Alternativen sind keine wirklichen Alternativen – sie wurden bereits vorgestellt, weshalb ich nicht nochmals darauf eingehen möchte. Zur Lage des Areals: Diese ist sehr gut. Das sagt das Schulamt, die Immobilien Stadt Zürich (IMMO) und vor allem auch die Kreisschulbehörde, die am nächsten an der Schule dran ist. Mit diesem Sekundarschulhaus kann man ab dem Jahr 2027 den nötigen Schulraum bereitstellen. Das heisst auch: Man kann wieder auf Pavillons verzichten, wieder Grünflächen freispielen und nicht andere Standorte mit Erweiterungen und Pavillons belegen. Das Areal ist auch von allen Seiten gut erreichbar: Zu Fuss von Wollishofen, mit der SZU und es gibt ja noch den famosen Haspelsteg, der die Schule, die auf der anderen Seite im Bau ist, mit dieser Schule verbindet. Wenn man das Areal sieht, stutzt man zuerst. Ein derart langer, schmaler Schlauch: Das kann doch nicht gut gehen. Darauf kann man reagieren mit: «Das geht doch nicht.» Man kann aber auch sagen: «Vielleicht gibt das ganz spezielle Lösungen.» Dies besonders im Hinblick auf die Aussenflächen. Man kann diese auf den Dachflächen machen. Auf einer Kommissionsreise – als es diese noch gab – konnten wir in Holland eine Fläche in luftiger Höhe besuchen, die auch von der Bevölkerung genutzt wird. Ein Rasenspielfeld hat kein Platz, aber die Allmend ist in der Nähe und wir haben andere nutzbare Sportplätze. Es gibt alternative Aussensportanlagen wie Boulderwände, Slacklines, Street-Work-Out-Geräte – diese können gerade für Jugendliche sehr attraktive, moderne Angebote sein. So entsteht vielleicht eine moderne, urbane Schulanlage, die einfach nicht dem gängigen Katalog-Muster entspricht, aber sehr attraktiv werden kann. Noch ein Wort zum Lärm, zu dem noch ein Postulat kommen wird: Das wurde sorgfältig geprüft. Das erste Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler die besten Voraussetzungen zum Lernen haben – ob mit

oder ohne Pamir lasse ich mal dahingestellt – und keiner übermässigen Lärmbelastung ausgesetzt sind. Wir können zeigen, dass das an diesem Standort möglich ist. Die heutige Lärmschutzverordnung gibt uns klare Vorgaben, die wir einhalten. Andere Schulhäuser in der Stadt stehen auch an Strassen. Auch beim Schulhaus Pfingstweid wurde viel diskutiert. Ich glaube, niemand wird heute noch sagen, dort könne man nicht unterrichten, dies sei ein schrecklicher Ort. Es ist ein super Ort, der perfekt funktioniert. Solche Beispiele werden uns in Zukunft häufiger beschäftigen. Diskussionen gibt es auch beim Schulhaus Tüffenwies. Es ist ein wichtiges Thema, das wir sehr ernst nehmen und es wird immer sorgfältig geprüft werden – aus der Stadtverwaltung heraus mit allen involvierten Stellen. Lärmschutz hat oberste Priorität und die Vermeidung an der Quelle ist immer die erste und wichtigste Massnahme. Ich möchte nochmals betonen: Alle Schulräume gehen durch ein Bewilligungsverfahren und müssen alle gesetzlichen Vorgaben erfüllen, so dass die Schülerinnen und Schüler nicht durch Lärm gestört werden. Da müssen wir an die Kreativität von Planern, Architekten und Landschaftsarchitekten glauben und daran, dass im Rahmen eines solchen Projekts gute Lösungen gefunden werden können, die ein gutes, vielleicht etwas anderes Schulhaus hervorbringen, das Areal aufwerten und für das Quartier einen Ort mit Aufenthaltsqualität und somit Mehrwert schaffen. Besten Dank für die Abweisung der Rückweisung, die eigentlich eine Ablehnung der Anlage darstellt. Denn so würde man das Baurecht nicht antreten.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Weisung wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, den Schulraumbedarf für die Sekundarschule im Schulkreis Uto durch Erweiterungs- oder Ersatzneubauten auf bestehenden Schularealen zu realisieren. Diese Planung soll unverzüglich aufgenommen werden.

Mehrheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Urs Riklin (Grüne)
Enthaltung:	Natalie Eberle (AL)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Urs Riklin (Grüne)
Enthaltung:	Natalie Eberle (AL)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Stadt übernimmt gestützt auf den am 13. August 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag ein selbstständiges und dauerndes Baurecht für die Erstellung beliebiger Bauten zu Lasten des Grundstücks Kat.-Nr. WO6602 (Areal Allmendstrasse 91–95) mit einer Dauer von 100 Jahren und einem Baurechtszins von jährlich Fr. 750 000.–.
2. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Schulanlage Höckler auf dem Areal Allmendstrasse 91–95, 8038 Zürich, wird der vom Stadtrat am 21. Oktober 2020 mit STRB Nr. 946/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 700 000.– um Fr. 6 800 000.– auf Fr. 7 500 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 17. Februar 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. April 2021)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat